

Auf der Grundlage der §§ 4 und 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg (BbgKVerf) vom 5. März 2024 (GVBl. I, Nr. 10) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) in ihrer Sitzung am 27.03.2025 folgende Hauptsatzung beschlossen:

Hauptsatzung der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) vom 28.03.2025

§ 1

Name der Gemeinde und Ortsteile

(1) Die Gemeinde führt den Namen "Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)". Sie hat die Rechtsstellung einer amtsfreien Gemeinde im Landkreis Prignitz.

(2) Die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) besteht aus folgenden Ortsteilen und bewohnten Gemeindeteilen:

- Ortsteil Baek mit dem bewohnten Gemeindeteil Strigleben,
- Ortsteil Boddin-Langnow, bestehend aus den bewohnten Gemeindeteilen Boddin, Langnow und Heidelberg,
- Ortsteil Groß Pankow mit dem bewohnten Gemeindeteil Luggendorf,
- Ortsteil Groß Woltersdorf mit den bewohnten Gemeindeteilen Brünkendorf und Klein Woltersdorf,
- Ortsteil Gulow-Steinberg, bestehend aus den bewohnten Gemeindeteilen Gulow und Steinberg,
- Ortsteil Helle mit den bewohnten Gemeindeteilen Groß Langerwisch und Neudorf,
- Ortsteil Kehrberg,
- Ortsteil Klein Gottschow mit den bewohnten Gemeindeteilen Guhlsdorf und Simonshagen,
- Ortsteil Kuhbier,
- Ortsteil Kuhsdorf mit dem bewohnten Gemeindeteil Bullendorf,
- Ortsteil Lindenberg,
- Ortsteil Tacken,
- Ortsteil Tangendorf-Hohenvier, bestehend aus den bewohnten Gemeindeteilen Tangendorf und Hohenvier,
- Ortsteil Tüchen mit den bewohnten Gemeindeteilen Klenzenhof und Reckenthin,
- Ortsteil Retzin mit den bewohnten Gemeindeteilen Klein Linde, Kreuzburg und Rohlsdorf
- Ortsteil Seddin,
- Ortsteil Vettin,
- Ortsteil Wolfshagen mit den bewohnten Gemeindeteilen Dannhof, Hellburg und Horst

(3) Der Sitz der Verwaltung befindet sich im Ortsteil Groß Pankow.

§ 2

Wappen und Dienstsiegel

(1) Das Wappen der Gemeinde zeigt in Rot auf einer silbernen Leiste eine aufliegende gold-bewehrte silberne Gans mit goldenem Halsring, darunter im von gestürzten silbernen Lindenblättern bestreuten Feld eine goldene Urne mit Deckel (Anlage 2).

Das Gemeindewappen wird von der Gemeindevertretung, den Ortsbeiräten und der Gemeindeverwaltung geführt. Die Abbildung des Gemeindewappens zu künstlerischen,

heraldischen und wissenschaftlichen Zwecken sowie zu Zwecken des Unterrichts und der staatsbürgerlichen Bildung ist jedermann erlaubt, sofern dies nicht in einer Weise oder unter Umständen geschieht, die dem Ansehen oder der Würde des Hoheitszeichens abträglich sind. Jede andere Verwendung bedarf der Genehmigung der Gemeinde.

(2) Die Flagge der Gemeinde zeigt dreistreifig Rot-Weiß-Rot im Verhältnis 1:4:1 mit dem Gemeindewappen im Mittelstreifen (Anlage 1).

Die Gemeindeflagge darf von jedermann gezeigt werden, sofern dies nicht in einer Weise oder unter Umständen geschieht, die dem Ansehen oder der Würde dieses Hoheitszeichens abträglich sind.

(3) Das Dienstsiegel der Gemeinde zeigt das Gemeindewappen mit der Umschrift im oberen Teil „Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)“ und im unteren Teil „Landkreis Prignitz“.

§ 3

Förmliche Einwohnerbeteiligung

(1) Neben Einwohneranträgen (§ 13 Absatz 2 bis 8 BbgKVerf), Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (§ 15 BbgKVerf) beteiligt die Gemeinde seine betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten förmlich mit folgenden Mitteln:

1. Einwohnerfragestunde der Gemeindevertretung

In öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung sind alle Personen, die in der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Gemeindeangelegenheiten an die Gemeindevertretung oder den Hauptverwaltungsbeamten zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde). Die Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.

2. Einwohnerversammlung

1. Wichtige Gemeindeangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der Gemeinde durchgeführt werden. Von der Teilnahme können Personen ausgeschlossen werden, die nicht Einwohner sind.

2. Der Hauptverwaltungsbeamte beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, die Einwohnerversammlung ein. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung der Gemeindevertretung (§ 14 Abs. 2 dieser Satzung). Der Hauptverwaltungsbeamte oder eine von diesem beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Gemeinde bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, haben in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Hauptverwaltungsbeamten und der Gemeindevertretung zuzuleiten.

3. Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung

durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Gemeindeangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Antragsberechtigt sind alle Einwohner der Gemeinde. Der Antrag muss von mindestens fünf vom Hundert der Einwohner der Gemeinde unterschrieben sein.

3. Einwohnerbefragungen

1. Die Gemeindevertretung kann in wichtigen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eine Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner des gesamten Gemeindegebietes oder einzelner Ortsteile beschließen.
2. Teilnahmeberechtigt sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, alle Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz), die am Befragungstag oder am letzten Tag des Befragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben.
3. Die Fragen sind so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Zulässig ist auch die Auswahl zwischen unterschiedlichen vorzugebenden Varianten.
4. Die konkrete Fragestellung, Zeit und Ort sowie das nähere Verfahren der Befragung werden durch die Gemeindevertretung jeweils durch gesonderten Beschluss (Durchführungsbeschluss) bestimmt und in der in § 14 Abs. 2 dieser Satzung bestimmten Form öffentlich bekannt gemacht.
Im Übrigen gelten die Vorschriften des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes und der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung in der jeweils geltenden Fassung entsprechend, soweit nicht diese Satzung oder der Durchführungsbeschluss ausdrücklich abweichende Regelungen festlegen.
5. Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt der Wahlleiterin beziehungsweise dem Wahlleiter.
Die Gemeinde prüft, ob betroffene Personen oder Personengruppen, die nicht die Einwohnereigenschaft innehaben, in Maßnahmen nach Satz 1 einbezogen werden, wenn hierfür im Einzelfall ein Bedarf besteht. Die Einbeziehung bedarf der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Gemeindevertretung.

(2) Unmittelbar geltende Vorschriften des Landes- oder Bundesrechts, die die förmliche Einwohnerbeteiligung regeln, bleiben unberührt.

(3) Die in Absatz 1 Nr. 1 bis 3 genannten Formen sind auch für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen offen. Darüber hinaus beteiligt die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) Kinder und Jugendliche in folgenden Formen:

1. das aufsuchende direkte Gespräch
2. durch offene Beteiligung in der Form
 - a) Diskussionsrunde und
 - b) Workshop
3. projektbezogen durch situative Beteiligung in der Form
 - a) Diskussionsrunde und
 - b) Workshop.

Die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) entscheidet unter Berücksichtigung des betroffenen Personenkreises, des Beteiligungsgegenstandes und der mit der Beteiligung verfolgten Ziele, welche der geschaffenen Formen im Einzelfall zur Anwendung gelangt.

§ 4 Gleichstellungsbeauftragte

(1) Der Gleichstellungsbeauftragten ist Gelegenheit zu geben, zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frau und Mann haben, Stellung zu nehmen. Weicht ihre Auffassung von der des Hauptverwaltungsbeamten ab, hat sie das Recht, sich an die Gemeindevertretung zu wenden.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte nimmt das Recht wahr, indem sie sich an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung wendet und ihren abweichenden Standpunkt schriftlich oder elektronisch darlegt. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung unterrichtet die Gemeindevertretung hierüber in geeigneter Weise und kann der Gleichstellungsbeauftragten Gelegenheit geben, ihren abweichenden Standpunkt in einer der nächsten Sitzungen persönlich vorzutragen.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist durch die Gemeindevertretung auf Vorschlag des Hauptverwaltungsbeamten durch Abstimmung zu benennen.

(4) Die Gleichstellungsbeauftragte nimmt die Aufgaben nach Absatz 1 wahr und berät in Angelegenheiten der Gleichstellung von Frau und Mann. Die Gleichstellungsbeauftragte unterstützt die Dienststelle bei der Wahrnehmung von deren Aufgaben nach dem Landesgleichstellungsgesetz und nach Maßgabe der arbeitsvertraglichen Bestimmungen. §§ 22 bis 24 Landesgleichstellungsgesetz finden keine Anwendung.

§ 5 Entscheidungen der Gemeindevertretung über Vermögensgegenstände und Vergaben der Gemeinde

Die Gemeindevertretung entscheidet über Geschäfte über Vermögensgegenstände der Gemeinde ab einem Wert von 20.000,00 € (§ 28 Abs. 2 S. 1 Nr. 17 BbgKVerf). Entscheidungen über Geschäfte über Vermögensgegenstände bis zur Wertgrenze nach S. 1 trifft der Hauptausschuss (§ 50 Abs. 2 S. 1 BbgKVerf). Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 54 Abs. 1 Nr. 5 BbgKVerf) obliegen grundsätzlich dem Bürgermeister.

§ 6 Mitteilungspflicht von ausgeübtem Beruf oder anderer Tätigkeit

(1) Gemeindevertreter teilen dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung unverzüglich nach der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung beziehungsweise im Falle einer Berufung als Ersatzperson nach Annahme der Wahl schriftlich ihren ausgeübten Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten mit, soweit dies für die Ausübung des Mandates von Bedeutung sein kann. Anzugeben sind:

- a) Der ausgeübte Beruf mit Angabe des Arbeitgebers beziehungsweise Dienstherrn und der Art der Beschäftigung oder Tätigkeit. Bei mehreren ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der Tätigkeit anzugeben.
- b) Jede Mitgliedschaft im Vorstand, Aufsichtsrat oder einem gleichartigen Organ einer juristischen Person mit Sitz oder Tätigkeitsschwerpunkt in der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) .

(2) Jede Änderung der nach Abs. 1 gemachten Angaben ist dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung unverzüglich nach ihrem Eintritt schriftlich mitzuteilen.

§ 7 Öffentlichkeit der Sitzungen

(1) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung werden spätestens 7 volle Tage vor der Sitzung nach den Vorschriften des § 14 Abs. 4 dieser Hauptsatzung öffentlich bekannt gemacht.

(2) Die Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Dies ist regelmäßig bei folgenden Gruppen von Angelegenheiten der Fall:

- a) Personal- und Disziplinarangelegenheiten,
- b) Grundstücksgeschäfte und Vergaben,
- c) Abgaben- und Wirtschaftsangelegenheiten Einzelner oder
- d) Aushandlungen von Verträgen mit Dritten.

(3) Beschlussvorlagen der in öffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte können von jeder Person auf der Internetseite der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) im Ratsinformationssystem eingesehen werden, soweit dies technisch möglich ist. Daneben besteht die Möglichkeit, die Beschlussvorlagen innerhalb der Sprechzeiten in der Gemeindeverwaltung Groß Pankow (Prignitz) im Büro des Bürgermeisters, Steindamm 21, 16928 Groß Pankow (Prignitz) einzusehen. Soweit Beschlussvorlagen der in öffentlichen Sitzungen zu behandelnden Tagesordnungspunkte personenbezogene Daten enthalten, sind diese zu anonymisieren. Dies gilt nicht, wenn die personenbezogenen Daten zum Verständnis der Beschlussvorlagen erforderlich sind und durch die Veröffentlichung schutzwürdige Belange der betroffenen Personen nicht beeinträchtigt werden.

§ 8 Gemeindevertretung, Einberufung, Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder

(1) Die Vertretung der Bürger führt die Bezeichnung „Gemeindevertretung der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)“.

(2) Die Gemeindevertretung besteht aus den Gemeindevertretern und dem Bürgermeister als stimmberechtigtem Mitglied.

(3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung führen die Bezeichnung Gemeindevertreter. Sie üben ihr Amt nach ihrer freien, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung im Rahmen des geltenden Rechtes aus. Sie sind an Aufträge nicht gebunden (freies Mandat).

(4) Für die Mitglieder der Gemeindevertretung gelten insbesondere in Anlehnung der §§ 21, 22 und 31 die Vorschriften der Brandenburgischen Kommunalverfassung über die Verschwiegenheit, das Mitwirkungsverbot, die Auskunftspflicht, die Verpflichtung zur Teilnahme an Sitzungen unter Beachtung der Vertretungsregelungen.

(5) Jeder Gemeindevertreter kann an den Sitzungen des Hauptausschusses und der Fachausschüsse, denen er nicht angehört, als Zuhörer teilnehmen.

§ 9 Fachausschüsse

- (1) Die Gemeindevertretung bildet folgende ständige beratende Fachausschüsse:
 - a) Finanz- und Sozialausschuss;
 - b) Bau- und Ordnungsausschuss
- (2) Die Gemeindevertretung kann die Ausschüsse auflösen oder umbilden und nach Erfordernis weitere, auch zeitweilige Ausschüsse bilden. In Zweifelsfällen entscheidet sie über die Zuständigkeit der Ausschüsse.
- (3) Die Fachausschüsse haben 7 Mitglieder.
- (4) Die Vorsitzenden der Fachausschüsse sowie deren Stellvertreter werden aus den Reihen der Gemeindevertreter gewählt.
- (5) Der Bürgermeister trägt dafür Sorge, dass die Verwaltung den Ausschüssen für die gegenseitige Information und als Hilfe für das Protokoll zur Verfügung steht.
- (6) Für die Ausschusssitzungen gilt § 14 Abs. 4 dieser Satzung entsprechend.

§ 10 Hauptausschuss

Der Hauptausschuss besteht aus sieben Mitgliedern. Ihm gehören der Bürgermeister sowie weitere sechs Mitglieder der Gemeindevertretung an.

§ 11 Bürgermeister

- (1) Die Zuständigkeiten des Bürgermeisters ergeben sich aus der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, sofern die Zuständigkeit nicht nach den Bestimmungen dieser Satzung der Gemeindevertretung oder dem Hauptausschuss vorbehalten ist.
- (2) Die Gemeindevertretung benennt auf Vorschlag des Bürgermeisters aus dem Kreise der Amtsleiter einen 1. Vertreter und einen 2. Vertreter des Bürgermeisters.
- (3) Im Falle der Verhinderung des Bürgermeisters nimmt einer seiner Vertreter an den Sitzungen der Gemeindevertretung und des Hauptausschusses beratend teil. An den Sitzungen der Fachausschüsse und der Ortsbeiräte kann der Bürgermeister oder einer seiner Stellvertreter beratend teilnehmen. Der jeweilige Vorsitzende bestimmt im Benehmen mit dem Bürgermeister, welche weiteren Bediensteten der Verwaltung zu den Sitzungen nach Satz 1 und 2 hinzugezogen werden.

§ 12 Gemeindebedienstete

- (1) Der Bürgermeister entscheidet im Rahmen des Stellenplans über die personalrechtlichen Angelegenheiten nach § 61 BbgKVerf der Arbeitnehmer bis zur Entgeltgruppe 10. Über die Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer ab der Entgeltgruppe 11 entscheidet auf Vorschlag des Bürgermeisters die Gemeindevertretung.

(2) Für den in Abs.1 genannten Personenkreis unterzeichnet der Bürgermeister die nach geltendem Recht auszustellenden Arbeitsverträge und sonstigen schriftlichen Erklärungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse.

(3) Die Amtsleiter sind berechtigt, an den Sitzungen der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses, der Fachausschüsse und der Ortsbeiräte beratend teilzunehmen.

§ 13 Ortsteile

(1) In jedem der Ortsteile wird nach den Vorschriften des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes ein Ortsbeirat gewählt. Der Ortsbeirat besteht aus drei Mitgliedern. Die Ortsbeiräte wählen aus ihrer Mitte jeweils den Ortsvorsteher. Für Sitzungen des Ortsbeirates gilt eine Ladungsfrist von vier Tagen einschließlich des Sitzungstages.

(2) Mitglieder der Gemeindevertretung können an den Sitzungen der Ortsbeiräte beratend teilnehmen.

(3) Die Ortsvorsteher können an den Sitzungen der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses und der Fachausschüsse beratend teilnehmen.

(4) Im Übrigen gelten die Regelungen der §§ 45, 46 und 47 der BbgKVerf sowie des Gebietsänderungsvertrages vom 28. März 2002 zwischen den Gemeinden Baek, Boddin-Langnow, Groß Pankow, Groß Woltersdorf, Helle, Klein Gottschow, Kehrberg, Kuhbier, Kuhsdorf, Lindenberg, Retzin, Tüchen, Vettin und Wolfshagen.

§ 14 Bekanntmachungen

(1) Bekanntmachungen erfolgen durch den Bürgermeister.

(2) Soweit keine sondergesetzlichen Vorschriften bestehen, erfolgen öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz), die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, durch Veröffentlichung eines Hinweises im „Rathauskieker - Amtsblatt für die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)“ und im Internet durch Bereitstellung auf der Internetseite www.grosspankow.de. Die Bekanntmachungen erfolgen auf der Startseite der Internetseite unter „Bekanntmachungen“ unter Angabe des Bereitstellungstages und in chronologischer Reihenfolge. Für die Dauer ihrer Geltung sind Satzungen und ortsrechtliche Vorschriften in einem ständig und dauerhaft verfügbaren und lesbaren Format im Internet bereitzustellen und in der bekanntgemachten Fassung zu sichern. Dies umfasst auch durch Rechtsvorschrift vorgeschriebene ortsübliche Bekanntmachungen.

(3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung oder eines sonstigen Schriftstückes, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile in der Form des Absatzes 2 dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Die Ersatzbekanntmachung wird vom Bürgermeister angeordnet. Die Anordnung muss die genauen Angaben über Ort und Dauer der Auslegung enthalten und ist zusammen mit der Satzung nach Abs. 2 zu veröffentlichen. Die Dauer der Auslegung beträgt 14 Tage. Beginn und Ende der Auslegung sind aktenkundig zu machen.

(4) Öffentliche oder ortsübliche Bekanntmachungen im Sinne von § 1 Absatz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (V wVfGBbg) i.V.m. § 27a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), sind dadurch zu bewirken, dass der Inhalt der Bekanntmachung auf der Internetseite der Gemeinde www.grosspankow.de zugänglich gemacht wird. Soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, ist für die Einhaltung einer vorgeschriebenen Frist die Zugänglichmachung im Internet maßgeblich. Die Zugänglichmachung auszulegender Dokumente im Sinne von § 1 Absatz 1 VwVfGBbg i.V.m. § 27b VwVfG erfolgt über die vorgenannte Internetseite sowie durch Auslegung in der Gemeindewaltung innerhalb der Sprechzeiten.

(5) Ist eine Satzung unter Verletzung von landesrechtlichen Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen, so ist diese Verletzung gemäß § 3 Abs. 4 BbgKVerf unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung verletzt worden sind. Satz 1 gilt auch für die Verletzung von landesrechtlichen Verfahrens- und Formvorschriften über die öffentliche Bekanntmachung, jedoch nur dann, wenn sich die Betroffenen aufgrund der tatsächlich bewirkten Bekanntmachung in zumutbarer Weise verlässlich Kenntnis von dem Satzungsinhalt verschaffen konnten. Dies gilt entsprechend für Verordnungen der Gemeinde (§ 3 Abs. 4 und 6 BbgKVerf).

(6) Die Bekanntmachungen von Zeit, Ort und Tagesordnung der Ortsbeiratssitzungen sind vier Tage, einschließlich des Sitzungstages in den Bekanntmachungskästen der betreffenden Ortsteile und Gemeindeteile auszuhängen. Darüber hinaus können sie auch zusätzlich auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht werden. Die Abnahme der Bekanntmachungen darf frühestens am Tag nach der Sitzung erfolgen. Der Tag des Anschlages ist beim Anschlag und der Tag der Abnahme bei der Abnahme auf dem ausgehängten Schriftstück durch die Unterschrift des jeweiligen Bediensteten zu vermerken. Bei abgekürzter Ladungsfrist erfolgt der Aushang an dem Tage, nach dem die Ladung zur Post gegeben wurde.

Die Bekanntmachungskästen befinden sich

- für den Ortsteil Baek in Baek vor der Kirche (neben Baeker Hauptstraße 17) und in Strigleben auf dem Dorfplatz gegenüber Baeker Damm 2,
- für den Ortsteil Boddin-Langnow in Boddin Boddiner Dorfstraße 17, in Langnow vor Langnower Straße 6, in Heidelberg vor Heidelberger Straße 2,
- für den Ortsteil Groß Pankow in Groß Pankow am Rathaus, Steindamm 21, und in Luggendorf neben Kastanienallee 4,
- für den Ortsteil Groß Woltersdorf in Groß Woltersdorf an der Bushaltestelle (vor Am Märchenwald 27), in Brünkendorf gegenüber Am Bimmelbaum 3 und in Klein Woltersdorf an der Bushaltestelle (neben Klein Woltersdorfer Straße 1),
- für den Ortsteil Gulow-Steinberg in Gulow vor Gulower Hauptstraße 24 und in Steinberg an der Bushaltestelle (vor Baeker Straße 1),
- für den Ortsteil Helle in Helle an der Bushaltestelle, in Neudorf an der Bushaltestelle (gegenüber Koloniestraße 4) und in Groß Langerwisch an der Bushaltestelle (neben Ringstraße 19),
- für den Ortsteil Kehrberg in Kehrberg in der Mitte der Buswendeschleife vor der Vettiner Straße 3,
- für den Ortsteil Klein Gottschow in Klein Gottschow vor Dorfstraße 41, in Simonshagen vor Lindenallee 5 und in Guhlsdorf vor Guhlsdorf 17,

- für den Ortsteil Kuhbier in Kuhbier vor dem Dorfgemeinschaftshaus (Kuhbierer Dorfstraße 17 a),
- für den Ortsteil Kuhdorf in Kuhdorf vor dem Dorfgemeinschaftshaus (Kuhdorf 24) und in Bullendorf am Containerstellplatz (neben Bullendorf 17)
- für den Ortsteil Lindenberg in Lindenberg vor dem Dorfgemeinschaftshaus (Lindenberg 29),
- für den Ortsteil Tacken in Tacken an der Bushaltestelle,
- für den Ortsteil Tangendorf-Hohenvier in Tangendorf neben der Bushaltestelle (Ecke Vahrnower Straße) und in Hohenvier gegenüber Am Rundling 1,
- für den Ortsteil Tüchen in Tüchen neben Tüchener Dorfstraße 27, in Reckenthin neben der Bushaltestelle (vor Reckenthiner Straße 34) und in Klenzenhof vor Kronsbergweg 4,
- für den Ortsteil Retzin in Retzin vor Dorfplatz 7, in Rohlsdorf vor Rohlsdorf 10, in Klein Linde vor Klein Linde 14 und in Kreuzburg auf dem Dorfplatz gegenüber Kreuzburg 4,
- für den Ortsteil Seddin in Seddin neben der Bushaltestelle (gegenüber Seddin 12),
- für den Ortsteil Vettin in Vettin vor der Kirche (Vettin 30),
- für den Ortsteil Wolfshagen in Wolfshagen vor Putlitzer Str. 2 d, in Dannhof an der Bushaltestelle gegenüber Unter den Linden 3, in Hellburg an der Bushaltestelle (vor Hellburger Dorfstraße 7) und in Horst an der Bushaltestelle (neben Dörp 15).

(7) Ist eine rechtzeitige Bekanntmachung in der in den Absätzen 3 oder 4 festgelegten Form, infolge höherer Gewalt oder anderer unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so kann die öffentliche Bekanntmachung in anderer geeigneter Weise durchgeführt werden. Die Bekanntmachung ist in der in den Absätzen 3 oder 4 festgelegten Form zu wiederholen, sobald die Umstände dies zulassen.

§ 15

Geschlechtsspezifische Formulierungen

Soweit in dieser Satzung oder in anderen Satzungen oder Veröffentlichungen der Gemeinde Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff beschrieben werden, gilt die entsprechende Bestimmung für die jeweiligen anderen Geschlechter gleichermaßen, soweit sich aus der Natur der Sache nicht etwas anderes ergibt.

§ 16

In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 24.05.2019 außer Kraft.

Groß Pankow, den 28.03.2025

gez. Marco Radloff
 Marco Radloff
 Bürgermeister der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)

Anlage 1



Die Gemeindeflagge von Groß Parkow (Hinterpommern)

Anlage 2

